

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilschmiedstr. 17)
bei C. J. Mici & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Esers bei Ph. Matthias.

Nr. 86.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 4. Februar.

1880.

Amtliches.

Berlin, 3. Februar. Der ordentliche Lehrer Dr. Carl Rothe am
Gymnasium zu Thorn ist zum Oberlehrer befördert worden.

Vom Landtage.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 3. Februar. 11 Uhr. Am Ministertische Manbach, Bitter
und Kommissionsarien.

In der dritten Berathung des Gesetzes-Entwurfs betreffend die
Beförderung des Wanderlagerbetriebs spricht sich der
Abg. Meyer (Breslau) nochmals gegen die Vorlage aus; über den
Vertrieb schlechter Waaren sei auch schon vor dem Bestehen von Wan-
derlagern geklagt worden. Allerdings würden die Wanderlager nicht
in derselben Weise von den Steuern getroffen, wie die stehenden Be-
triebe, aber die Vorlage gehe doch weit über die Ausgleichung dieser
Differenz hinaus. Viele vollständig berechnete Wanderlager könnten
eine so hohe Steuer nicht tragen, hauptsächlich für solche Artikel, für
die in kleineren Ortschaften ein stehender Absatz nicht zu erzielen sei.
Die Bahnmärkte seien nur eine Anhäufung von Wanderlagern; sei ein
Wanderlager ein Verbrechen, so sei der Bahnmärkte ein Massenverbre-
chen, und trotzdem petitionirten viele Inhaber stehender Gewerbe-
betriebe für die Bahnmärkte, die sie selbst beziehen, während sie sich
gegen die Wanderlager als eine unbedingte Konkurrenz aussprechen.
Dem Wortlaute nach verstoße die Vorlage allerdings nicht gegen die
Reichsgesetzgebung; Preußen dürfe aber nicht in der Buchstabengerech-
tigkeit seinen Ruhm suchen, sondern müßte, wenn ihm die Reichs-
gewerbefreiheit in diesem Punkte zu weit gehe, seinen mächtigen Ein-
fluß zur Abstellung dieses Uebelstandes anwenden. Redner bittet die
Regierung schließlich, die von ihm bezeichneten berechtigten Wanderlager
zu schützen.

Abg. Nath Herrfurth erkennt an, daß es berechnete Wander-
lagerbetriebe gebe, und ihnen gegenüber werde der Finanzminister von
der ihm zustehenden Befugnis des § 3 Gebrauch machen und für
gewisse Gewerbsarten, oder in einzelnen Fällen die Steuerfreiheit zu-
lassen. Die Steuerausgleichung beziehe sich nicht nur auf die Staats-
gewerbefreiheit, sondern auch auf die Kommunal-Zuschläge zu derselben
und auf die Personalsteuern.

Abg. Fuchs bleibt bei seiner früher geäußerten Behauptung, daß
die Wanderlager den Verkauf von Schleudern betrieben und deren
Anfertigung begünstigten.

Der Gesetzes-Entwurf wird darauf in seinen einzelnen Paragraphen
ohne weitere Debatte genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs, betreffend
die Erweiterung der Staatseisenbahnen und die
Betheiligung des Staates bei mehreren Privat-
Eisenbahn-Unternehmungen. In Nr. 1 des § 1 werden
27,250,000 Mark zum Bau einer Eisenbahn von Erfurt nach
Grimmenthal und Nittenhausen gefordert.

Langerhans beantragte diese Summe abzulehnen; Berger,
die Staatsregierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die zu wiederholten
Malen von der Landesvertretung anerkannte Dringlichkeit der Her-
stellung einer Eisenbahnverbindung für die Stadt Suhl zunächst die
Strecke Grimmenthal-Suhl mit thunlichster Beschleunigung auszubauen
und in Betrieb zu setzen.

Abg. Langerhans: Die Linie Grimmenthal-Erfurt würde
eine sehr zweckmäßige gerade Verlängerung der Linie Sangerhausen-
Erfurt nach dem Süden Deutschlands schaffen. Indessen wollen wir
im Interesse der Kontinuität und möglichst gleichmäßiger Förderung
des Eisenbahnbaues, die die Regierung selbst als im Interesse der dem
Eisenbahnbau dienenden Industriezweige für nöthig erklärt, nicht heute
schon die hier geforderte Summe bewilligen. Der Staat übernimmt
so schon beim Erwerbe der neuen Bahnen die Verpflichtung zum Aus-
bau vieler Strecken; wir dürfen also diese Bauhätigkeit nicht steigern,
damit nicht später ein plötzlicher Stillstand eintritt. Wir wissen noch
nicht, wie viel der Grund und Boden für diese Bahn uns noch kosten
wird; wenn wir heute den Bau noch nicht bewilligen, so entziehen
sich die Interessenten, soweit sie es noch nicht gethan, vielleicht bis zum
nächsten Jahr den Boden ganz umsonst herzugeben. Von einer Be-
nutzung der Linie Erfurt-Ilmenau, die die Hälfte der projektierten Linie
bildet, soll abgesehen werden, weil sie nur eine Lokalbahn ist, und ihre
Umwandlung in eine Vollbahn große Kosten verursachen würde. Diese
Kosten können doch keinesfalls so groß sein, wie die eines Neubaus.
Vielleicht stellt sich auch durch den Verkehr der neuverordneten Bahnen
heraus, daß eine ganz andere neue Linie den Zweck dieses Projekts
besser erfüllt. Man will eine Verbindung nach dem Knotenpunkt
Würzburg; ich glaube, daß es zweckmäßiger ist, den Knotenpunkt für
den Verkehr mit Süddeutschland etwas mehr nach Osten, nach Bam-
berg zu verlegen. Da Würzburg schon in der Nähe des großen Knoten-
punktes Frankfurt a. M. liegt. Bei vielen Eisenbahnen Deutschlands
liegt die Verführung nahe, sie gerade zu legen, aber man darf nicht
so schnell darauf eingehen, um nicht große Schädigungen von Privat-
bahnen herbeizuführen. So würden hier die Linien Meiningen-Grimmen-
thal lahmgelegt, die Thüringische Bahn sehr geschädigt und die aus-
laufenden Aeste der Anhalter Bahn unterbunden. Den Interessen der
Stadt Suhl würde es wahrscheinlich vollständig genügen, wenn wir sie
mit Grimmenthal durch eine Sekundärbahn verbinden. Nachdem wir
einmal das Staatsbahnsystem angenommen haben, müssen wir auch
im Interesse seiner Rentabilität handeln. Das geschieht durch mög-
lichste Unterstützung des Baues von Sekundärbahnen. Wir haben den
Staat mit einer so furchtbaren Schuld belastet, daß wir durchaus
sparen müssen.

Abg. Sammacher: Eine Ueberproduktion der Eisenbahnbau-
Industrie ist durch die vorgeschlagenen Neubauten nicht zu befürchten,
da die noch im Bau begriffenen Staatsbahnlücken fast alle demnach
der vollendet und die Bauverpflichtungen, die der Staat beim Ankauf der
neuen Bahnen übernommen hat, nur gering sind. Die Linie Erfurt-
Grimmenthal ist eine sehr wichtige Verbindung der Magdeburg-Halber-
städter mit Süddeutschland, und in wirtschaftlicher und militärischer
Sicht sehr wichtig für Berlin-Westfalen. Sie führt den Weg von
Berlin nach Stuttgart um 86 Kilometer ab und ist eine ganz vorzueh-
liche Vervollständigung des preussischen und deutschen Eisenbahnnetzes.
Das Terrain ist nur von dem Herzogthum Meiningen nicht unsonst
zur Verfügung gestellt. Hier konnte man es aber nicht verlangen, weil
schon die Thüringische Bahn, an welcher Meiningen finanziell sehr

stark interessiert ist, durch das Projekt sehr geschädigt wird. Von der
Mitbenutzung der der Thüringer Bahn gehörigen Strecke Dietendorf-
Blauen-Ilmenau hat die Regierung keineswegs gänzlich Abstand ge-
nommen; nur müssen wir ihr die Mittel gewähren, auch ohne Zuhilfenahme
dieser Strecke die Bahn zu bauen, damit sie sich nicht von der
Thüringer Bahn unberechtigte hohe Kaufbedingungen stellen zu lassen
braucht. Der preussische Staat wird durch die Vorlage nicht unge-
wöhnlich belastet. Niemals hat die preussische Proz. Rente einen so
hohen Cours gehabt, wie jetzt. (Ruf: Schwindel!) Die Käufer der
preussischen Rente, seien sie Inländer oder Ausländer, haben sich jeden-
falls vor dem Ankauf ein Urtheil über die preussischen Kreditverhält-
nisse gebildet. In keinem großen Kulturstaate der Welt sind die Fi-
nanzien so geordnet und die Schulden im Verhältnis zur Leistungs-
fähigkeit so gering, wie in Preußen.

Abg. Berger schildert den Nothstand der Stadt Suhl in Folge
des Mangels an jeder Eisenbahnverbindung; 850 Familienväter sind
dasselbst erwerbslos. Redner bittet, die von ihm vorgeschlagene Reso-
lution anzunehmen, damit die Stadt Suhl nicht etwa noch 4 Jahre
auf die Bahn warten müsse.

Minister Manbach: Die Regierung wird in Anerkennung des
dringenden Bedürfnisses den Bau der Strecke Grimmenthal-Suhl zu-
erst in Angriff nehmen. Die Regierung hat in den Motiven zu dem
Gesetz auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die Thätigkeit der Industrie
zu beleben und zu einer mehr konstanten, kontinuierlichen zu machen.
Seitdem haben sich die Verhältnisse zum Erreichten gewendet. Allein
der Anstoß, der vom Ausland gekommen, ist nicht als von dauernder
Wirkung anzusehen. Die Regierung hat ein Interesse daran, daß,
wenn die Industrie wieder neues Leben gewonnen, nicht zu übermäßiger
Produktion übergegangen, aber auch dieses Leben als ein gesundes
erhalten wird. Das ist aber nur ein Nebenmotiv der Vorlage. Die
meisten von uns unternommenen Bauten erreichen in diesem Jahre ihre
Vollendung. Die großen Industrien, die auf diesen Bahnbau angewie-
sen sind, würden also in einen Stillstand verfallen, der auch auf gesunde
Quellen der Industrie verberberlich zurückwirken würde. Dies zu vermei-
den wird die Vorlage, wenn auch nicht in hohem Maße, so doch etwas
beitragen. Die unentgeltliche Vergabe von Grund und Boden haben
wir bei Hauptbahnen, wie die in Rede stehende es sein soll, nur in
wenigen Ausnahmefällen verlangt. Wir erlangen durch sie einen wich-
tigen Abschluß nach Norden und das ist wichtiger, als der Abschluß
nach Süden. Gewisse Bahnen werden dadurch einen Abbruch erleiden,
aber das ist kein entscheidendes Grund, um ein gemeinnütziges unseren
nationalen Interessen dienendes Unternehmen zurückzuweisen. Können
wir uns mit der Thüringer Bahn zur Vermeidung unnützer Bauten
verständigen, so werden wir es nicht unterlassen. Aber unsere Position
wäre bedenklich, wenn wir nicht sagen können: Wenn wir uns nicht
verständigen, so baut die preussische Regierung allein direkt.

Abg. v. Freytag spricht sich aus dem von den Vorrednern ausge-
führten Gründe gegen den Antrag Langerhans aus.

Die Nr. 1 wird unter Annahme des Antrages Berger genehmigt.
Die in Nr. 2 geforderten 2,730,000 Mk. für die Eisenbahn von
Güldenboden nach Wöhringen und 2,454,000 Mk. für die
Bahn von Wöhringen nach Alkenstein werden bewilligt.

Für die Eisenbahn von Marienberg über Marienwerder und
Graudenz nach Thorn nebst Abzweigung nach Kulm werden in Nr.
3 von der Kommission 9,851,200 Mk. zur Bewilligung vorgeschlagen,
während die Regierung nur 9,250,000 Mk. gefordert hat.

Bender und Duadt beantragen den Mehrbetrag abzulehnen.

Abg. Wehr: Ich hoffe, daß das Haus dem Antrage der Kom-
mission zustimmen wird. Die rechte Weichseluferbahn kommt dem durch-
gehenden Verkehr und in ebenso hohem Maße der Landesverteidigung
zu Gute. Sie hat eine primäre Bedeutung, wenn sie zunächst Sekun-
där betrieben werden soll, denn sie hat wirtschaftlich dieselbe Bedeu-
tung, wie die schon genehmigte Bahn zu 1, mag diese auch in das
ganze Eisenbahnnetz der Regierung mehr passen. Während aber bei
dieser Bahn nur ein ganz verschwindender Theil des Grund und Boden
den von den Interessenten verlangt wird, verlangt die Regierung bei
der rechten Weichseluferbahn von fünf Kreisen 1,300,000 Mk. für Grund-
und Bodenentschädigung. Dabei wird der Grund und Boden später
immer viel theurer, als die Regierung ihn vorher anschlägt, da sie eine
geringe Morgenanzahl und zu geringer Preise ansetzt. Wie kann man
aber die Interessenten mit so unglichem Maße messen wie hier bei den
Bahnen zu 1 und 3. Auf dem rechten Weichselufer haben von 21 Krei-
sen Westpreußens 7 gar keine ehemaligen Staatskassen, 3 bis 4 so
gut wie gar keine gehabt, ein Verhältnis, wie es in der ganzen Monar-
chie nicht wieder vorkommt. Die Kreise haben die Chausseen selbst bauen
müssen, und mit den Unterhaltungskosten derselben sind ihre Staats-
dauernd belastet. Ebenso vernachlässigt sind diese Kreise im Eisenbahn-
bau. Die Ostbahn würde, wenn nicht strategische und Sparmaßregeln
sich maßgebend gewesen wären, unweifelhaft diese Kreise durchschnei-
ten haben, statt Bromberg, Dirschow und Dirschau. Nun werden die
Chausseen, die alle an die Ostbahn herangebaut wurden, mehr oder
weniger überflüssig, und es müssen neue Chausseen an die neue Bahn ge-
baut werden. Die Belastung wird also verdoppelt. Die Kommunal-
lasten betragen 80 bis 90 Prozent der direkten Staatssteuern. Es
wäre ungerechtfertigt, den Interessenten diese Opfer aufzuerlegen.
Wenn sie die 1½ Millionen aufbringen, so wird die Bahn
für sie nicht fruchtbringend, denn sie können dann nicht die Chaus-
seen an dieselbe bauen. Man verlangt, daß die Provinz eintrete,
aber die Provinz Westpreußen ist durch das Dotationsgesetz sehr schlecht
weggekommen. Die vereinigte Provinz Preußen mußte 11 Millionen
Staatsverpflichtungen übernehmen, während die übrigen Provinzen fast
gar keine übernehmen. Von den 1½ Millionen ist aber nur ein ver-
schwindend kleiner Theil für Westpreußen, das übrige für Ostpreußen
verwendet worden. Bei der Theilung mußten wir aber die Staats-
verpflichtungen mit übernehmen und nahezu 3 Millionen aufnehmen,
um unsere alten Verpflichtungen zu decken. Die Billigkeit fordert, daß
das, was die Regierung Jahre lang an dieser Provinz vernachlässigt
hat, endlich einmal gesühnt wird, indem der Provinz wenigstens der
kleine Vortheil gewährt wird, den die Kommission vorschlägt. Wenn
Sie den Kommissionsvorschlag nicht annehmen, so würde, wie schon in
der Kommission ausgeführt und der Regierung durch die kompetenten
Provinzialbehörden mitgeteilt ist, auf ein Zustandekommen der Bahn
zum großen Bedauern der Provinz und der beteiligten Kreise nicht zu
rechnen sein.

Minister Manbach: Die Staatsregierung hat bei Abmessung
ihrer Forderungen die Verhältnisse der betreffenden Landestheile genau
ins Auge gefaßt und die Interessen des Gesamtstaates sowohl wie
der betreffenden Provinz und die Leistungsfähigkeit der letzteren sorg-

fältig geprüft und danach die Forderungen abgestuft. Soweit es sich
um die Bahnen von Walburg nach Groß-Amerode, von Neil nach
Traben und von Wengerober nach Bernsfeld handelt, will sie einen
Widerspruch gegen die Mehrforderungen seitens der Kommission nicht
erheben und zwar aus folgenden Gründen; ursprünglich sollte die
Stadt Groß-Amerode beim Bau der Linie Halle-Kassel berührt wer-
den. Eigenthümliche Umstände haben damals so wie beim späteren
Bau einer Nachbarlinie die Einbeziehung der genannten Stadt in das
Bahnnetz verhindert. Es gilt hier also die Subne eines Verhältnisses
oder Verhängnisses. Die beiden Zweigbahnen Neil-Traben und Wen-
gerober-Bernsfeld haben deshalb Anspruch auf besonderer Berücksichti-
gung, weil Ereignisse eingetreten sind, die diese Städte weniger lei-
stungsfähig machen; denn sie haben durch die Ueberfluthungen
beim letzten Eisgang der Mosel bedeutend gelitten. Mit Rücksicht
darauf will die Regierung einer Mehrforderung nicht entgegenstehen.
Im Allgemeinen aber hält sie es für im höchsten Grade bedenklich und
der bisherigen Praxis des Hauses widersprechend, wenn sie aus dem
Mitte des Hauses zu Mehrforderungen gedrängt wird, die nicht durch
besonders akute Verhältnisse begründet sind. Welche Konsequenzen,
welche Verhältnisse nach außen und innen würde das nach sich ziehen?
Die Verhältnisse in Westpreußen mögen ja ungünstiger liegen als in
anderen Provinzen, das mag anerkannt werden (Hört, hört); aber die
hier beantragte Mehrforderung kann ich nicht billigen.

Abg. Herwig: Es erscheint mir als Gebot wirtschaftlicher
Klugheit, die Bahn vorläufig als Sekundärbahn zu bauen, zugleich
aber die Verhältnisse ins Auge zu fassen, die eine Ausgestaltung der
Bahn zur vollen in der Zukunft ermöglichen. Weber in der Regie-
rungs- noch in der Kommissionsvorlage ist darüber etwas verlaublich,
und doch ist diese Eventualität bei der Wichtigkeit der Bahnlinie, auf der
die schon der Abg. Wehr aufmerksam gemacht hat, sehr zu beachten.

Abg. Richter: Wenn wir auch gegen Staatsbahnen sind, so
können wir doch die Verpflichtung nicht ablehnen, das namentlich accep-
tirt Staatsbahnsystem durch Sekundärbahnen zu fördern. Ich spreche
auch nicht gegen die Staatsbahnen, sondern gegen die von der Kom-
mission vorgeschlagenen Mehrbewilligungen. Man muß in Beziehungen
auf zu hohe Bewilligungen für Sekundärbahnen vorsichtig sein und
nicht glauben, der Staatskredit sei unerschöpflich. Der Abg. Pant-
macher hat auf den augenblicklichen Kurs der Konsols hingewiesen,
aber bei dem jetzt plötzlichen Schwindel kann Niemand sagen, wie
lange die jetzigen Tageskurse überhaupt Stich halten werden. Gewiß
sind unsere Konsolskurse hoch, aber deshalb, weil der Unternehmungs-
geist im Allgemeinen darniederliegt, weil man noch mehr Vertrauen
hat zum Staatskredit als zum Aufschwung der Unternehmungen an
sich. Wenn die Regierung hier betont, daß die Geschäfte sich ja zu
heben beginnen, so führt sie in dem neuen Reichshaushaltsetat ganz
im Gegentheil aus, daß die Erträge aus den Steuern nicht einmal im
Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung wachsen und daß keine Ver-
sicherungen eines Aufschwunges vorliegen, der eine höhere Veranlagung der
bestehenden Steuer rechtfertigt. Was die vorliegende Bahn betrifft, so
würden wir uns mit Bewilligung der höheren Summe geradezu im
Widerspruch setzen mit der eben erfolgten Bewilligung der ostpreu-
sische Bahn Allenstein-Wöhringen. Nach meiner Meinung hat die
Regierung in der Bemessung der Beiträge eher zu niedrige als zu hohe
Forderungen gestellt. Machen wir uns doch klar, daß wir nicht bloß
die Aufgabe haben, Wohlthäter einzelner Landestheile zu sein, sondern
auch die Interessen der Steuerzahler zu wahren. Gerade die rechte
Seite des Hauses hat in Bezug auf Steuernmäßigkeit sehr große Er-
wartungen im Lande erweckt und das Haus hat alle Ursache, der Re-
gierung das Unerfülltsein dieser Erwartungen nicht leicht zu machen.
Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Vorlage hundert und über-
hundert ähnliche Vorlagen aus allen Landestheilen hervorgerufen wird.
Wenn die von der Regierung gestellten Anforderungen zu hoch sind,
müssen die Landestheile sich das überlegen; wir haben keine größere
Eile, ihnen die Eisenbahnen zu geben, als sie sie haben, sie zu nehmen.

Abg. Richter: Ich bin in Bezug auf diese Vorlage weder per-
sönlich noch als Abgeordneter interessiert; denn von dem Wahlkreise
Danzig behauptet man in der Provinz Westpreußen, und wohl auch
mit einigem Grund, daß er alles Interesse habe, gegen diese Bahn zu
wirken. Gleichwohl habe ich mich als Mitglied der Eisenbahnkom-
mission nach sorgfältiger Prüfung für die Mehrforderung im Sinne
der Kommission entschieden müssen. Die Konsequenzen einer solchen
Bewilligung, die der Abg. Richter fürchtet, hat der Minister bereits ge-
sagt: er hat sich ausdrücklich für die höheren Sätze bei den Bahnen
6, 8 und 9 ausgesprochen, weil Gründe für die Erhöhung vorhanden
sind, die die Regierung nicht berücksichtigt habe. Dasselbe trifft bei
dieser Bahn zu. Die Ostbahn wurde in den 50er Jahren aus Spar-
maßregeln für die Provinz Westpreußen, Graudenz u. s. w. gebaut, der
ganze Strich auf der anderen Seite der Weichsel hatte gar keinen Vor-
theil davon, vielmehr erheblichen Nachtheil, namentlich sind die Städte
in ihren Verkehrsverhältnissen gegen früher erheblich zurückgegangen.
Der Staat ist verpflichtet, den Nachtheil, den er den Städten zugefügt
hat, gut zu machen. Der Abg. Richter hat Ostpreußen genannt; aber
haben die Vertreter dieser Provinz für sie nicht dasselbe und die ganzsame
Leistungsfähigkeit des Staates in Anspruch genommen? Es handelt
sich hier um eine Militärbahn und zugleich um eine Subne, wie sie
der Herr Minister in Bezug auf Amerode für nöthig hält. Da ich
den Dingen früher näher stand, namentlich den kommunalen, so kann
und muß ich aus voller Ueberzeugung sagen, daß die Provinz West-
preußen bei der Auseinandersetzung mit Ostpreußen für eine Reihe
von Jahren in der That finanziell schwer gebunden ist.
Wenn nun die Erhöhung der Bau Summe um 5 Prozent bei Wenge-
rober-Bernsfeld auf keine Schwierigkeiten stoßen wird, warum die Er-
höhung um 7 Prozent bei Marienburg-Thorn für exorbitant erklären?
Was den Bau von Sekundärbahnen betrifft, so spreche ich es öffentlich
aus, daß ich auch nicht weiß, wie wir auf diesem Wege weiter kommen
sollen. Wenn Sie dem Treiben der Interessenten hier ein Ende machen
wollen, so fassen Sie endlich den Entschluß (leider haben wir die Kom-
mission noch nicht dahin bringen können), gewisse und unabänderliche
Grenzen für die Bewilligung bei derartigen Bahnen zu stecken, von
denen nur ganz ausnahmsweise, wenn die Staatsregierung die Exzeption
begründet, abgegangen wird.

Abg. v. Seyden erklärt sich für Wiederherstellung der Vorlage,
d. h. die geringere Summe. Die Provinz Westpreußen sei verschuldet;
wolle man ihr in dieser Weise zu Hilfe kommen, so würden andere
Kommunalverbände, die sich durch eigene Schuld in derselben Lage be-
finden, mit demselben Anspruch auftreten.

Abg. v. Seyden: Bezüglich der Eisenbahnlücken sub 6, 8 und 9
ist die Leistungsfähigkeit der Kommunen bereits derartig angestrengt

daß der Staat Zuschüsse machen muß. So hat z. B. eine einzelne Gemeinde 77 Mark pro Kopf für den Bau der sie interessirenden Bahn beitragen müssen. Festes Prinzipien für den Bau von Sekundärbahnen aufstellen zu wollen, ist es jetzt noch zu früh und, wenn überhaupt, nur an der Hand der Erfahrung möglich.

Das Haus lehnt den Vorschlag der Kommission ab und genehmigt die von der Regierung geforderten 9,250,000 M.; ebenso ohne Debatte die in Nr. 4 und 5 geforderten 706,000 M. für die Bahn von Schneidemühl nach Deutsch-Grone und 571,000 M. für die Bahn von Hirschberg nach Schmiedeberg.

In Nr. 6 forderte die Regierung für die Bahn von Walburg nach Groß-Almerode 673,000 M., welchen Betrag die Kommission auf 637,000 M. zu erhöhen vorschlägt.

Abg. Gammacher: Die Kommission hat eine Erhöhung der Regierungsforderung deshalb beschlossen, weil die Stadt Almerode nicht einmal im Stande ist, den von ihr versprochenen Beitrag von 24,000 M. zu prästiren; wenn die dortigen Verhältnisse wirklich so ärmliche sind, so liegt doch zunächst die Frage sehr nahe, ob es nicht eine Verwerthung des Staatsvermögens ist, für eine solche Gegend überhaupt eine Bahn zu bauen. Ein Interesse an der Bahn haben in erster Reihe die Besitzer der Thonländereien, und es ist daher eine billige Forderung, daß diese auch den Grund und Boden für dieselbe hergeben. Die von der Kommission beantragte Erhöhung ist zwar nur gering, ich bitte sie aber des Prinzips halber abzulehnen.

Abg. Weyrauch empfiehlt den Antrag der Kommission. Es handle sich bei dieser Bahn nicht um die Begünstigung einzelner Industriellen, sondern darum, der schon seit dem vorigen Jahrhundert blühenden Thonindustrie ein weiteres Absatzgebiet zu erschließen.

Hierauf wird der Antrag der Kommission angenommen.

In Nr. 7 werden 4,000,000 M. für die Bahn von Emden nach der Oldenburgischen Landesgrenze in der Richtung auf Jever, mit einer Abzweigung nach Aurich, gefordert.

Abg. Brons: Bei der gegenwärtigen Bahn handle es sich um ein altes Projekt der hannoverschen Regierung, welche es auch bei längerem Bestehen durchgeführt haben würde. Die Bahn werde durch die Linie Emden-Jever die westfälische Staatsbahn mit der Oldenburgischen verbinden und namentlich der ersteren ein großes Zufuhrgebiet erschließen; sie sei ferner von großer Bedeutung für die Küstenverteidigung. Die Anwohner hätten seit zwanzig Jahren ein lebhaftes Interesse für dieselbe und die österrheinische Landschaft habe mit den Städten die Summe von 515,000 Mark zur Beihilfe aufgebracht.

Die Position wird hierauf vom Hause bewilligt.

Für die Bahn von Neil nach Traben wurden in Nr. 8 790,000 Mark, für die Bahn von Wengerohr und Berncastel in Nr. 9 906,000 Mark von der Regierung gefordert. Die Kommission hat diese Summen auf 821,800 M. resp. 950,550 M. erhöht. Die Abg. Knebel und Genossen beantragen die Erhöhung auf 843,000 M. resp. 980,250 Mark, die Abg. Bender (Königsberg) und Quandt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Knebel: Die eigenthümlichen Verhältnisse, die bei dem Bau dieser Bahn in Betracht kommen, rechtfertigen die von uns beantragte Mehrforderung. Obgleich wir nur für den Kilometer ein Mehr von 2000 Mark fordern, so ist unser Antrag doch für das Zustandekommen der Bahn entscheidend. Die Opfer, welche die Beteiligten schon zu bringen sich bereit erklärt haben, sind ganz außerordentlich; in Traben und Trarbach betragen sie auf den Kopf 77 M. und haben einen Aufschlag von 50 pCt. auf alle direkten Steuern nothwendig gemacht. Trotzdem aber reichen diese Opfer nicht aus, um die Bahn zu Stande zu bringen, die einen sehr großen Landstrich südlich und nördlich von der Mosel zu erschließen bestimmt ist.

Minister Maybach erklärt, um ein Mißverständnis nicht aufkommen zu lassen, daß er zwar mit der von der Kommission beantragten Erhöhung einverstanden sei, daß er aber die Nothwendigkeit der im Antrag des Abg. Knebel ausgesprochenen Mehrforderungen nicht zugeben könne.

Abg. Berger spricht in Rücksicht auf die Armuth der Interessenten für den Antrag Knebel.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten v. Hammerstein werden vom Hause die Beschlüsse der Kommission angenommen, wodurch die Anträge Knebel und Bender gefallen sind.

Der § 2 ermächtigt die Regierung, sich an mehreren Eisenbahnunternehmungen durch Uebernahme von Aktien zu betheiligen. Und zwar 1) mit 1,100,000 Mark (zur Hälfte in Stammprioritäts-, zur Hälfte in Stammaktien) bei dem Bau der Bahn von Alt-Damm nach Kolberg; 2) mit 1,000,000 Mark bei dem Bau der Bahn von Stargard über Pritz nach Rustrin und 3) mit 188,000 Mark bei dem Bau der Bahn von Neustadt nach Oldenburg (in Schleswig-Holstein). In Bezug auf die Nr. 2 hat die Kommission eine Erhöhung der Bethetheilung auf 1,340,000 Mark vorgeschlagen.

Abg. Richter: Die Kommission ist ja sehr freigebig gewesen, aber ich weiß nicht, weshalb in diesem Falle eine Erhöhung von 340,000 Mark vorgeschlagen ist; in dem Berichte sind ausreichende Gründe nicht angegeben. Man hat mir auf meine Nachfrage geantwortet, daß ein Mitglied der Kommission, welches dort seinen Wahlkreis hat, mitgetheilt habe, es fehle gerade so viel, und da hat man es gegeben.

Abg. Dr. Weiß (gewählt in Landsberg-Soldin): Wenn die Kommission nach langen mühevollen Sitzungen dahin gekommen ist, den Betrag zu erhöhen, so muß doch etwas dahinter stehen. (Weiter.) Niemand steht so schlecht in Bezug auf die Eisenbahnen wie ich; ich habe 5 Meilen, zumeist Landweg, bis zur Eisenbahn zu fahren. Redner motivirt die Mehrforderung damit, daß die Bahn ein bedeutendes militärisches und wirtschaftliches Interesse habe; die Verbindung mit Stettin müsse den betreffenden Kreisen nicht, sie wollten an die Ostbahn angeschlossen sein, um mit Berlin in Verkehr zu treten. Die Kreise und die Städte, fährt Redner fort, haben große Opfer gebracht, um das Kapital für diese Bahn zu beschaffen; es fehlen noch 200,000 Mark, und wenn der Staat uns nicht zu Hülfe kommt, wird die Bahn nicht zu Stande kommen.

Der Kommissionsantrag wird abgelehnt und in allen drei Punkten die Regierungsvorlage angenommen.

Zu diesem Gesetze hat die Kommission folgende Resolutionen beantragt: „1) die Regierung zu ersuchen, a. dahin zu wirken, daß für die lediglich oder fast ausschließlich dem Lokalverkehr dienenden Eisenbahnen minderer Ordnung noch weiter gehende Erleichterungen in Bezug auf die gegenüber der Militär-, Post- und Telegraphenverwaltung zu übernehmenden Verpflichtungen für zulässig erklärt, bezw. gesetzlich festgestellt werden; b. auch den Bau von schmalspurigen Lokalbahnen in geeigneten Fällen staatsseitig zu fördern; c. für die lediglich oder fast ausschließlich dem Lokalverkehr dienenden Eisenbahnen minderer Ordnung anderweitige Konzessionsbedingungen als die der Anlage B zu Anlage 3 enthaltenen aufzustellen, für dieselben namentlich größere Befugnisse in Betreff der Festsetzung der Tarife, der Wagenklassen und des Fahrplans zu stipuliren. 2) Zur Zeit von einer Neuordnung über die in der Vorlage enthaltenen Grundzüge für die Gewährung staatlicher Beihilfen zu dem Bau von Lokalbahnlinien abzuweichen.“

Abg. Richter: Ich bedauere sehr, daß nicht der Herr Minister vor mir das Wort genommen hat, so daß ich auf seine Erklärungen Bezug nehmen könnte. Diese Resolutionen enthalten nicht das, was im Interesse der Sekundärbahnen nothwendig gefordert werden muß. Das ist heute nicht in der Stimmung, einen präzisieren Beschluß zu fassen. Ich wünsche aber, daß die Regierung ihre bisherige Prinzipien aufrechterhalte, dieser Angelegenheit aufbietet und einen klar begrenzten Standpunkt einnimmt. Entweder entscheidet man von Fall zu Fall, oder man entwirft, wie in Frankreich und Italien, einen auf mehrere Dezennien berechneten Plan, welcher die Leistungen des Staates einerseits

Kommunen und Interessenten andererseits feststellt. Im ersteren Falle werden die Interessenten gegen einander kämpfen und diejenigen, welche den Minister am meisten quälen, werden etwas erhalten. Ich glaube, die Regierung muß den zweiten Weg einschlagen. Sie darf aber in diesem Falle die Bedingungen für die Sekundärbahnen nicht in die Zwangsjacke der hier vorgelegten Normal-Konzessionsurkunde zwängen. Diese enthält keine Erleichterung, sondern ist nur eine Wiederholung der früheren Bedingungen für die Vollbahnen, welche man sogar nicht bei allen Vollbahnen mit gleicher Strenge aufrecht erhalten hat. Das Endresultat dieser Normal-Konzessionsurkunde ist, daß die Kommunen Alles bezahlen, und daß der Minister Alles bestimmt, sogar die Tarife. Wenn Sie nicht innerhalb gewisser Schranken den Sekundärbahnen Tariffreiheit geben, dann muß auch der Staat sie bauen; denn die finanziell jetzt hart bedrängten Kommunen können nicht zu den Chaussees noch das Risiko unrentabler Sekundärbahnen übernehmen. Erst ruft man immer nach Bahnen, die nur etwas billiger sind als der Frachtfuhrmann, sind sie aber da, dann schreit man über Monopol, Ausbeutung u. s. w. (Sehr richtig.) Ich wünsche auch, daß der Minister und die Regierung gegen ihr Stiefkind, die Schmalspur, eine wohlwollendere Haltung als bisher einnehmen, wie dies jetzt auch die sächsische Regierung thut; denn die Techniker überzeugen sich jetzt, daß die Kosten der Umladung nicht so erheblich ins Gewicht fallen, als man bisher glaubte.

Minister Maybach: Mit dem Inhalt der Resolution erkläre ich mich einverstanden. Ich erstrebe keinen ungebührlichen Einfluß auf die Entwicklung des Sekundärbahnwesens. Dieses hat im Laufe der Zeit bei uns eine ganz andere Gestaltung angenommen, als es Anfangs hatte. Sekundärbahn ist bis jetzt nur eine negative Bezeichnung aller derjenigen Bahnen, welche nicht Vollbahnen sind, und in diesen weiten Rahmen fallen Nebenbahnen erster bis vierter Klasse. Wir haben jetzt im Einverständnis mit den Reichsorganen Normativbestimmungen für Nebenbahnen erster Klasse getroffen, aber vorgehen, daß nach Bedürfnis weitere Erleichterungen eintreten können, und auf solche für Nebenbahnen zweiter bis vierter Klasse beim Reiche hinzuwirken. bin ich bereit. Es muß natürlich der Landesverteidigung überlassen bleiben, zu bestimmen, unter welche Kategorie jede Bahn zu subsumiren ist. In dem Tarifwesen müssen wir mit dem Reich rechnen, aber auch dort wird kein Bedenken dagegen sein, den Sekundärbahnen darin eine erhebliche latitude zu gestatten. Eine vollständige Freiheit desselben ist im Interesse des öffentlichen Verkehrs nicht möglich. Ich bin kein Gegner der Schmalspur an sich. Ich kann mich nur finanziell nicht für sie erwärmen, so lange das Bedürfnis des Landes nach normalspurigen Sekundärbahnen nicht befriedigt ist. In einzelnen Fällen wird die Regierung auch schon jetzt Schmalspurbahnen unterstützen können, z. B. die bei Langenschwalbach projektierte, ohne Widerspruch von militärischer Seite zu finden. Im Allgemeinen nimmt die Regierung den Sekundärbahnen gegenüber eine wohlwollende Haltung ein, wo nicht im Interesse des öffentlichen Verkehrs und der Landesverteidigung größere Ansprüche gestellt werden müssen und sie hofft, daß sie durch die neue Eisenbahnpolitik den Anforderungen des Landes in dieser Beziehung wird genügen können.

Die Resolutionen werden angenommen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Eisenbahnvorrag; Verwendung der Reichsneuern; hannoversches Höferecht.)

Politische Uebersicht.

Posen, 4. Februar.

In Folge des Ueberganges der Köln-Min-dener, der Magdeburg-Halberstädter und der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaften an den Staat hat sich der Minister für öffentliche Arbeiten veranlaßt gesehen, eine Reihe von Verfügungen an die betreffenden Direktionen zu erlassen, deren Kenntniß nicht ohne Interesse für das größere Publikum ist. In einem ersten Erlaß (vom 13. Januar) wird den Direktionen der verstaatlichten Bahnen die baldmöglichste Einführung der mit den übrigen Staatsbahnen übereinstimmenden Tarife für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren mit durchweg gleichen Einheitsätzen im allgemeinen Verkehrsinteresse, sowie eine direkte Abfertigung der Viehtransporte zur Pflicht gemacht. Ein zweiter Erlaß von demselben Datum ordnet an, daß fortan diejenigen Gebühren außer Ansatz bleiben, welche bisher für die Benutzung der an den Anschlußpunkten mit den älteren Staatsbahnen belegenen Bahnhöfe zur Ueberführung von Gütern c. tarifmäßig von dem Publikum erhoben wurden, in so weit die Berechnung solcher Gebühren lediglich durch die seitiger Verschiedenheit des Bahneigenthums bezw. der Betriebsinteressen veranlaßt und begründet war. Ein dritter Erlaß (vom 15. Januar) betrifft die Umformung bezw. Vereinfachung des Betriebes, und zwar zunächst die Vereinfachung des Stations- und Expeditionsdienstes auf den Uebergangsstationen und sodann die zweckmäßigere Ausnutzung der Lokomotiven, sowie des Lokomotiv- und Wagenpersonals. Der vierte Erlaß (vom 17. Januar) enthält die bekannte Verfügung in Betreff der Gültigkeit direkter Billets auch für andere Touren im Falle der Verfallung des fahrdplanmäßigen Anschlusses. Der fünfte Erlaß (vom 23. Januar) ordnet an, daß in Fällen einer durch Krankheit unfreiwillig und unverschuldet herbeigeführten Behinderung an der Ausübung des Dienstes es der Einholung der ministeriellen Genehmigung für die Entbindung vom Dienst auch dann nicht bedarf, wenn der betreffende Beamte genöthigt ist, behufs der Heilung seinen Stationsort zu verlassen. In einem sechsten Erlaß endlich (vom 29. Januar) werden sämtliche königlichen Eisenbahndirektionen und Kommissionen angewiesen, von allen das Eisenbahnwesen berührenden prinzipiell wichtigen Entscheidungen des Reichsgerichts, auch wenn sie der Praxis des vormaligen königlichen Obertribunals bezw. des Reichs-Oberhandelsgerichts entsprechen sollten, ungesäumt dem Ministerium Abschrift einzureichen.

Die „Kr. ztg.“ empfiehlt die Verkleinerung resp. Vermehrung der Regierungsbezirke bei Gelegenheit der Verwaltungsreorganisation. Zum Schluß des Artikels heißt es im Tone einer bemerkenswerthen Veröhnlichkeit: „Wir verwahren uns schließlich ausdrücklich, als ob wir durch Anregung dieser Frage, welche übrigens auch der Abg. v. Bennigsen berührt hat, die Vertheidigung über das jetzt vorliegende Organisationsgesetz erschweren wollten. Es kann in dasselbe sehr wohl die Bestimmung aufgenommen werden, daß die gegenwärtigen Regierungsbezirke bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Verwaltungsbezirke bestehen bleiben. Inzwischen kann die Theilung der Bezirke, wo sie zweckmäßig erscheint, vorbereitet und nächsten Herbst dem Landtage eine entsprechende Vorlage gemacht werden.“

Der „Magdeb. Ztg.“ wird über den Bruderzwist im konservativen Lager geschrieben:

„Die Zeitungs polemik innerhalb der konservativen Fraktion war am letzten Freitag Gegenstand einer ziemlich stürmischen Fraktions-sitzung, in welcher die Polemik, wenigstens die einerseits gegen den Minister des Innern, andererseits gegen Herrn v. Rauchhaupt gerichteten Angriffe die entschiedenste Mißbilligung erfuhr. Die Mehrheit der Fraktion stellt sich übrigens den Verwaltungsgefeiten gegenüber auf den Standpunkt der „Kr. Ztg.“ und die Verstimmlung über das von den konservativen Parteiführern zu unabhängige Vorgehen des Grafen Eulenburg ist in der Fraktion ziemlich allgemein.“

Der Etat der Kriegsmarine pro 1880/81 enthält am Schluß eine kurze Denkschrift über die Herstellung eines wissenschaftlichen Werkes, welches sich mit der Darstellung und den Ergebnissen der Forschungs- und Entdeckungsexpeditionen beschäftigen soll, die von der Korvette „Gazelle“ in den Jahren 1874 bis 1876 aus Anlaß der Beobachtung des Durchgangs der Venus durch die Sonne nach den Kergueleninseln unternommen wurde. Das Programm für dieses Werk ist nach ebenso weitgehenden, als vielseitigen Gesichtspunkten aufgestellt und soll ungefähr nach Art der seiner Zeit über die Expedition der österreichischen Fregatte „Novara“ und des englischen „Challenger“ erschienenen Reisebeschreibungen durchgeführt werden. Dem ersten Theil ist die Schilderung des allgemeinen Verlaufes der Reise, ohne Eingehen auf Details, zugewiesen. Er soll vorzugsweise ein orientirender Leitfaden für die beiden andern Theile sein. Der zweite Theil wird einen mehr wissenschaftlichen Charakter tragen und sich über die ozeanisch-physikalischen Untersuchungen, die Geologie des Meeresbodens, die Beobachtungen der Gezeiten erstrecken. Auch die meteorologischen, magnetischen und Pendelbeobachtungen werden hier näher dargelegt werden. Der dritte Theil wird sich überwiegend mit der Thier- und Pflanzenwelt des Atlantischen, Indischen und Großen Ozeans, sowie mit der Fauna und Flora des Meeresbodens, endlich mit den Forschungen der Küstenfauna, und zwar der Tiefküsten-, Strand- und Landfauna beschäftigen. Eine etwaige weitere Ausdehnung des Werkes über andere Gebiete ist vorbehalten. Bei der Verarbeitung und redaktionellen Behandlung des massenhaft vorliegenden Stoffes werden wissenschaftliche Spezialisten zur Mitarbeit herangezogen und überhaupt Alles angewendet werden, um den Arbeiten den Werth und die Bedeutung eines literarischen Denkmals auf dem Gebiet der Geographie und Ethnographie, der Navigation und Steuermannskunde, sowie der die sämtlichen Naturreiche umfassenden Wissenschaften zu sichern. Die Gesamtsumme des Werkes ist mit 60,000 Mark angegeben, und ist dieser Betrag auf 4 Jahresraten bis zum Jahre 1884 vertheilt worden.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 3. Febr. [Die Kardorff'sche Broschüre.] Die Ankündigung, welche der heute ausgegebenen Broschüre des Herrn v. Kardorff vorausgegangen war, daß dieselbe gegen die Goldwährung gerichtet sei, war zutreffend, und dennoch hat der Verfasser den Vertheidigern der deutschen Münzreform einen erheblichen Dienst geleistet, während er nämlich im ganzen Verlauf seiner Schrift sich als Gegner der Goldwährung darstellt, als welcher er bereits seit längerer Zeit bekannt ist, kommt er schließlich zu einem Resultat, daß den Vertheidigern der deutschen Münzreform nur erwünscht sein kann. Herr v. Kardorff giebt nämlich zu, daß Deutschland unter den obwaltenden Verhältnissen keinesfalls allein zur Doppelwährung übergehen könne; er weist ferner nach, daß auch eine internationale Vereinbarung zwischen Deutschland, Frankreich und Nordamerika zu Gunsten der Doppelwährung uns nicht gegen die größten Gefahren, welche mit derselben dann verbunden wären, schützen könnte; er erklärt die Doppelwährung nur dann für annehmbar, wenn einem solchen internationalen Abkommen England beitrete. Damit hat er ohne Zweifel Recht; aber es ist auch vollkommen zweifellos, daß weder Herr v. Kardorff, noch irgend jemand anders von der jetzigen Generation den Uebergang Englands zur Doppelwährung erleben wird. Obgleich der Verfasser sich bemüht, den Engländern zuzureden, den von ihm für nothwendig gehaltenen Schritt zu thun, so ist unverkennbar, daß er selbst nur sehr geringe Hoffnung darauf hegt. Er selbst kennzeichnet das Verfahren des englischen Vertreters auf der letzten pariser Münzkonferenz, des Herrn Göschen, welcher allen anderen Völkern zur Annahme der Doppelwährung rieth, aber dabei erklärte, England werde bei der Goldwährung beharren, als das, was es in der That war, nämlich als einen Versuch, sich von Anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, da die Engländer mit Rücksicht auf ihren indischen, chinesischen, afrikanischen u. dgl. Handel ein großes Interesse an einem erneuten Steigen der Silberpreise haben. Wenn also selbst Herr v. Kardorff, der entragte Gegner der Goldwährung, bei seinen Erwägungen zu einem Schlussergebnis gelangt, das praktisch dem Beharren Deutschlands bei der Goldwährung gleichkommt, so muß dies als ein entschiedener Gewinn betrachtet werden. Zum Dank für den Dienst, welchen der Führer unserer Protektionisten im Reichstag somit den Vertheidigern der deutschen Münzreform geleistet hat, mag man die vielfachen, zuweilen ersäunlichen Schwächen seiner dem Schlusskapitel vorhergehenden Auseinandersetzungen auf sich berufen lassen. Sie entpringen alle aus jener Zufälligkeit seiner volkswirtschaftlichen Bildung, von welcher Herr v. Kardorff ein so ergötzliches Beispiel gab, als er vor 4 oder 5 Jahren zum ersten Male als nationalökonomischer Schriftsteller auftretend, ganz naiv dem Publikum erzählte, er habe durch eine zufällige Unterhaltung in einem Badeort erfahren, daß es einen nordamerikanischen Volkswirth Namens Carey gebe, er habe diesen darauf studirt, und da seien ihm die Schuppen von den Augen gefallen. Wer sich länger als Herr v. Kardorff mit Nationalökonomie beschäftigte, mußte in Deutschland bekanntlich schon seit dem Anfang der 60er Jahre Carey, seine Verdienste und seine echt amerikanischen Erzhümer zu würdigen. Ganz ähnlich wie in jener volkswirtschaftlichen Erstlingschrift des Herrn v. Kardorff zeigt er sich in der vorliegenden Broschüre. Er meint, man sei nach dem deutsch-französischen Kriege bei uns nur „aus einem unbestimmten Gefühle“ zur Goldwährung übergegangen, die damit zusammenhängenden Probleme seien bis dahin wenig oder gar nicht gewürdigt worden; aber offenbar entspringt diese feldame Ansicht, welche noch vor dem Erscheinen der Kardorff'schen Broschüre von Professor Soetbeer in den „Preussischen Jahrbüchern“ durch eine historische Darstellung widerlegt worden ist, aus dem Umstand, daß Herr v. Kardorff sich selbst bis vor einigen Jahren mit der Währungsfrage nicht zu beschäftigen pflegte.

Se. Majestät der Kaiser hat an den Chef der Admiralität, General der Infanterie v. Stosch, das folgende Kabinetts-Schreiben erlassen:

Ich habe aus dem Munde des Vorstehenden des Gesamt-Vorstandes der Deutschen Marine-Einrichtung 1878, Geheimen Ober-Justizrath und Senats-Präsidenten v. Holleben unterm 20. Dezember v. J. vorgelegten Bericht mit großer Befriedigung von der segensreichen Wirksamkeit der gedachten Einrichtung Kenntnis genommen und erlaube ich im Verfolg Ihres Berichtes vom 16. d. Mts., dem Gesamt-Vorstande Meine volle Anerkennung auszusprechen. Mit Interesse werde ich seiner Zeit einem weiteren Berichte, insbesondere auch über die möglich gewordenen ferneren Zuvörderungen an die betreffenden Familien und den demnachstigen Stand des Fonds entgegensehen.

Berlin, den 22. Januar 1880. ge. Wilhelm.

Der Kaiser hat auf den gemeinschaftlichen Bericht des Reichs-Kanzlers und des Kriegsministers, unter Abänderung der betreffenden Stelle des Reglements über die Service-Kompetenz der Truppen im Frieden, genehmigt, daß vom 1. Dezember 1879 ab den auf eigenen Antrag Verlegten die Mieths-Entschädigung in gleicher Weise und nach denselben Grundsätzen wie den sonst Verlegten zu gewährt ist.

Bei Veranlagung der den Münzstätten für das nächste Rechnungsjahr zu vergütenden Prägegebühren ist berücksichtigt worden, daß bei den für Rechnung der Reichsbank stattfindenden Goldausprägungen nur Kronen (10-Markstücke) bis auf Höhe von 50 Mill. M. ausgeprägt werden sollen, wodurch dem Reiche erhebliche Mehrkosten entstehen, zumal bisher erst etwa 18 Millionen Mark ausgeprägt worden sind, während der Rest von 32 Millionen Mark während des nächsten Rechnungsjahres zur Ausprägung gelangt, und außerdem noch die vom Bundesrath beschlossene Umprägung von 5 Millionen Mark 20-Pennigstücke in Ein- und Zwei-Markstücke ca. 81,000 M. Kosten verursacht, von denen im nächsten Rechnungsjahr freilich nur ungefähr 1/3 verbraucht werden möchten.

Locales und Provinzielles.

Posen, 4. Februar.

[General Graf Kirchbach.] General v. Kirchbach hat, wie wir heute erfahren, auf sein wiederholtes Entlassungsgesuch, nunmehr den erbetenen Abschied unter Verleihung des Grafentitels erhalten. Zu seinem Nachfolger im Kommando des V. Armee-Corps ist General von Pape, bisher Divisions-Kommandeur im Gardecorps, ernannt worden.

„Tribüne“ contra „Kurier Poznański“. Der jüdische Korrespondent der „Tribüne“ polemisiert in sehr gereiztem Tone gegen den „Kur. Pozn.“ Er schreibt aus Jüdisch:

„Das ultramontane Organ „Kurier Poznański“ hat, wie wir aus einem bereits gestern Mittag dahier eingetroffenen Berliner Blatte erfahren, die — Kühnheit, unsere telegraphische Nachricht vom 28. d. M., daß den Bischofsmessern 2c. neuerdings von Rom aus ausgebreitete Vollmachten zugegangen seien, „aus römischer Quelle“ als aus der Luft gegriffen zu erklären. Zur Charakterisierung dieses Dementis diene zunächst die Thatsache, daß in dem Zwischenräume, welcher zwischen dem Bekanntwerden jener telegraphischen Nachricht in Posen und dem Erscheinen des „Kur. Pozn.“ mit besagtem Dementi liegt, eine telegraphische Korrespondenz von Posen nach Rom und zurück selbst bei schnellster Expedition fast unmöglich ist. Es erinnert uns diese Bemerkung an ein Vorkommnis vor ca. 5 Jahren, als das genannte polnische Blatt genau zu derselben Stunde die von uns gemeldete Absicht einer Bischofskonferenz in Jüdisch, dementirte, wo hier im Seminargebäude der Brief eintraf, welcher bereits Tag und Stunde der ersten Sitzung anzeigte. Unser Telegramm vom 27. c. beruht übrigens auf der Thatsache, daß die Bischofsversammlungen und bezw. Domkapitelsvorsitzer der verschiedenen Diöcesen vor einigen Tagen Vollmachten aus Rom erhalten haben, welche sich in erster Linie auf die Dispositionsbefugnisse 2c. während der nahen Fasten und örtlichen Zeit beziehen. Wir selbst hatten ursprünglich diesem Schreiben aus dem Vatikan keine große Bedeutung beigelegt, werden aber jetzt durch das vorlaute Dementi des polnischen ultramontanen Blattes aufmerksam.“

So der Korrespondent der „Tribüne“. Wir bemerken hierzu, daß wir im „Kurier Pozn.“ nicht die geringste Andeutung gelesen haben, daß er sein Dementi „aus römischer Quelle“ erhalten habe. Vielmehr ist dies lediglich eine Erfindung des jüdischen Bekannten posener Sensationsdepeeschfabrikanten, der, um seine Depesche sensationeller zu machen, schnell die Lüge hinzusetzte, der „Kur.“ bringe ein Dementi „aus römischer Quelle“. Wahrscheinlich dürfte sich das posener Kaplansblatt seine Informationen lediglich auf der hiesigen Dominel geholt haben.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 3. Febr. Die Kaiserin von Rußland traf heute Vormittag um 10 Uhr 18 Minuten hier ein und setzte um 10 Uhr 39 Minuten ihre Reise fort.

Wien, 3. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Das Verwaltungsgesetz für Bosnien wurde in der General- und Spezial-Debatte unverändert angenommen. Von dem Minister des Innern wurde ein Gesetzentwurf über die Ertheilung eines Vorstufes von 500,000 fl. an Galizien vorgelegt.

Kopenhagen, 3. Februar. Die Dampfschiffe sind unter den dormaligen Eisverhältnissen und wegen des herrschenden Nebels heute gehindert, Postgegenstände über den großen Belt überzuführen.

Paris, 2. Februar. Der Senat nahm das Gesetz über die Zusammensetzung des oberen Unterrichtsrathes in erster Lesung an.

In der Deputirtenkammer gedachte der Präsident Gambetta in warmen Worten des verstorbenen Granier de Cassagnac (Vater). — Der Berichterstatter der Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend die Zolltarife, Meline, legte die Gründe für die Wiederherstellung der Zolltarife auseinander, welche von der Kommission beschlossen worden seien und hob hervor, daß die Kommission das System der Handelsverträge zulasse, das System der Prohibitivzölle beseitigt und sich lediglich für das Prinzip der Kompensationen entschieden habe.

Paris, 2. Februar. Dem „Temps“ zufolge ist der Konseilspräsident Freycinet eines heftigen Leberleidens wegen das Bett zu hüten genöthigt.

London, 3. Februar. Der russische Botschafter Fürst Lobanoff hat heute dem Premier Lord Beaconsfield in dessen Amtswohnung in Downingstreet den ersten Besuch abgestattet.

Washington, 2. Februar. Der Repräsentantenkammer ist ein Antrag zugegangen, in welchem der Präsident Hayes aufgefordert wird, den südamerikanischen Staaten, welche mit einander im Kriege begriffen sind, seine guten Dienste zur Herstellung des Friedens anzubieten. Ferner ist bei der Kammer

der Antrag auf Bewilligung eines Kredits von 100,000 Dollars zur Unterstützung der nothleidenden Irländer eingebracht worden.

New-York, 2. Februar. Behufs Aufnahme von Plänen und Plänen betreffs Herstellung des Panamakanals werden von Leffers jetzt 8 verschiedene Expeditionen ausgerüstet. — Der Ertrag der am Sonntag zum Besten der nothleidenden Irländer in den katholischen Kirchen veranstalteten Sammlungen beläuft sich auf ca. 25,000 Dollars.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm 82 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
3. Nachm. 10	767,5	W schwach	heiter	- 0,5
3. Abnds. 12	768,9	W schwach	heiter	- 3,7
4. Morgs. 6	768,7	W schwach	heiter	- 6,4

Wetterbericht vom 3. Februar, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. reduc. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Aberdeen	765,0	SW leicht	halb bed. ¹⁾	5,6
Kopenhagen	770,7	SW leicht	Nebel	0,9
Stockholm	762,6	W mäßig	bedeckt	2,4
Saparanda	751,5	SW leicht	halb bed.	- 3,2
Petersburg	759,0	W still	bedeckt	0,4
Moskau	762,0	E still	bedeckt	- 3,8
Cork	fehlt			
Brest	773,2	SSW schw.	bedeckt ²⁾	5,7
Helber	772,8	SSW still	bedeckt	3,0
Eult	772,1	WSW still	Nebel	0,4
Hamburg	773,9	SW still	Nebel ³⁾	- 2,2
Ewinemünde	773,1	SW still	Nebel	- 4,5
Neufahrwasser	771,6	E still	bedeckt	- 2,9
Kemmel	767,8	WSW schw.	bedeckt ⁴⁾	1,6
Paris	fehlt			
Krefeld	fehlt			
Karlruhe	775,9	SD leicht	Nebel	- 11,4
Biesbaden	775,6	SD still	wolkenlos ⁵⁾	- 10,0
Raffel	774,8	still	wolkenlos ⁶⁾	- 12,1
München	774,4	E still	wolkenlos	- 11,4
Leipzig	776,7	SSW still	wolkenlos ⁷⁾	- 8,8
Berlin	774,7	E still	Nebel	- 4,2
Wien	777,3	still	wolkenlos	- 9,6
Breslau	775,7	SW leicht	wolkenlos ⁸⁾	- 4,3

¹⁾ See ruhig. ²⁾ Seegang mäßig. ³⁾ Etwas Raufrost. ⁴⁾ Seegang leicht. ⁵⁾ Reif, neblig. ⁶⁾ Reif. ⁷⁾ Raufrost. ⁸⁾ Nebel, Reif.

Uebersicht der Witterung.
Bei wenig veränderter Druck-Vertheilung dauert im Nord- und Ostseegebiete die südliche bis westliche Luftströmung fort und hat an der deutschen Küste Erwärmung verursacht, während im Innern Deutschlands der strenge Frost noch anhält. Im Norden Centraleuropas und am Fuße der Alpen herrscht überall starker Nebel, im übrigen Central-Europa vielfach wolkenloses Wetter.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 2. Februar Mittags 2,20 Meter.
= 3. = 2,12 =

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 3. Februar. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,341. Pariser do. 80,98. Wiener do. 172,60. R.-M. St.-A. 148,7. Rheinische do. 158,7. Hess. Ludwigsb. 95. R.-M.-Br.-Anth. 133,7. Reichsanl. —. Reichsbank 162,7. Darmst. 147,7. Meiningen B. 101. Deut.-ung. W. 734,00. Kreditaktien ²⁾ 269,7. Silberrente 63. Papierrrente 62,7. Goldrente 74,7. Ung. Goldrente 88,7. 1860er Loose 127,7. 1864er Loose 313,00. Ung. Staatsb. 215,00. do. Ostb.-Dbl. II. 80,7. Böhm. Westbahn 187,7. Elisabethb. 165,7. Nordwestb. 143,7. Galizier 223,7. Franzosen ³⁾ 241,7. Lombarden ⁴⁾ 77,7. Italiener —. 1877er Russen 91. II. Orientanl. 61,7. Centr.-Pacific 108,7. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 269,7, Franzosen 240,7, Galizier —, Ungarische Goldrente —, II. Orientanleide —, 1860er Loose —, Lombarden —. Schweizer. Centralbahn 74.

²⁾ per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 2. Februar. Effekten- und Societät. Kreditaktien 271,7. Franzosen 241,7. Lombarden 79. 1860er Loose 127,7. Galizier 224,7. Österreich. Silberrente 63,7. ungar. Goldrente 88,7. II. Orientanleide 61,7. österr. Goldrente 74,7. III. Orientanleide —. Papierrrente —. 1877er Russen 91,7. Sehr fest und belebt.

Wien, 3. Februar. (Schluß-Course.) Gedrückt. Die Geldknappheit führte zu Realisirungen, Montanwerthe matt, Bankpapiere und Renten abgeschwächt, Bahnen ruhig, Franzosen höher.

Papierrrente 71,95. Silberrente 73,15. Defferr. Goldrente 86,30. Ungarische Goldrente 102,65. 1864er Loose 125,00. 1860er Loose —. 1864er Loose 175,00. Kreditloose 178,70. Ungar. Prämienl. 116,20. Kreditaktien 303,50. Franzosen 278,50. Lombarden 91,50. Galizier 259,50. Reichs-Oberb. 124,70. Pardubitzer 127,00. Nordwestbahn 167,20. Elisabethbahn 191,50. Nordbahn 242,50. Defferr. ungar. Bank 848,00. Türk. Loose 18,00. Unionbank 124,50. Anglo-Austr. 158,80. Wiener Bankverein 162,50. Ungar. Kredit 278,25. Deutsche Plätze 57,25. Londoner Wechsel 117,10. Pariser do. 46,50. Amsterdamer do. 97,25. Napoleons 9,35. Dufalen 5,51. Silber 100,00. Marknoten 57,85. Russische Banknoten 1,24. Lemberg-Czernowiz 160,00.

Wien, 3. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 303,10, Franzosen 278,25, Galizier 258,75, Anglo-Austr. 158,00, Lombarden 90,25, Papierrrente 71,80, österreich. Goldrente 86,30, ungar. Goldrente 102,57, Marknoten 57,85, Napoleons 9,35, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Geschäftslös.

Petersburg, 3. Februar. Wechsel auf London 25,7, II. Orientanleide 91. III. Orientanleide 91.

Florenz, 3. Februar. 5 pSt. Italienische Rente 91,52, Gold 22,35

Brüssel, 2. Februar. Defferr. Papierrrente 62,56.

Paris, 2. Februar. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 82,27, Anleide von 1872 116,60, Italiener 81,95, österreich. Goldrente —, ungar. Goldrente 88,7, Türken —, Spanien extér. —, Egypter —, Banque otomane —, 1877er Russen —, Lombarden —, Türkenloose —, III. Orientanleide —. Steigend.

Paris, 3. Februar. (Schluß-Course.) Fest. Die Liquidation für Speculationspapiere ist glatt verlaufen. Reports für Italiener 0,16, Franzosen 0,95, Lombarden 0,12, Türken 0,05, österr. Goldrente 0,13, ungar. Goldrente 0,13, Banque d'escompte 1,45, Banque hypothécaire 1,50, Credit foncier 5,75.

3proz. amortisirb. Rente 83,90, 3proz. Rente 82,30, Anleide de 1872 116,52, Italien. 5proz. Rente 81,75, Defferr. Goldrente 74,7.

Ung. Goldrente 87,7, Russen de 1877 92,7, Franzosen 597,50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 200,00, Lombard. Prioritäten 262,00, Türken de 1865 10,65.

Credit mobilier 657, Spanier extér. 16, do. inter. 14,7, Suezkanal-Aktien 765, Banque ottomane 541, Societe generale 560, Credit foncier 1110, Egypter 288, Banque de Paris 918, Banque d'escompte 800, Banque hypothécaire 660, III. Orientanleide 61,7, Türkenloose 39,50, Londoner Wechsel 25,15.

London, 3. Februar. Consols 98,7, Italien. 5proz. Rente 81,7, Lombarden 81,7, 3proz. Lombarden alte 10,7, 3proz. do. neue 10,7, 5proz. Russen de 1871 88,7, 5proz. Russen de 1872 88,7, 5proz. Russen de 1873 87,7, 5proz. Türken de 1865 10,7, 5proz. fundirte Amerikaner 105,7, Defferr. Silberrente 62,7, do. Papierrrente —, Ungar. Goldrente 87,7, Defferr. Goldrente 74,7, Spanier 16,7, Egypter 57,7.

Preuß. 4proz. Consols 100.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,50. Wien 11,92. Paris 25,37. Petersburg 25.

Platzdiskont 1,7 pSt.

New-York, 2. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81,7. C. Wechsel auf Paris 5,20,7. 5pSt. fundirte Anleide 103. 4pSt. fundirte Anleide von 1877 105,7. Erie-Bahn 48,7. Central-Pacific 110,7. New-York. Centralbahn 130,7.

Produkten-Course.

Köln, 3. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,00, fremder loco 23,00, pr. März 23,00, pr. Mai 23,05, pr. Juli 22,90. Roggen loco 18,50, pr. März 17,10, pr. Mai 17,15. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 29,50, pr. Mai 28,60, pr. Oktober 29,60.

Hamburg, 3. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine still. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen per April-Mai 227 Br., 226 Gd., per Mai-Juni 228 Br., 227 Gd. Roggen per April-Mai 161 Br., 160 Gd., per Mai-Juni 161 Br., 160 Gd. Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl still, loco 57, per Mai 56,7. Spiritus ruhig, per Februar 53 Br., per März-April 52,7 Br., per April-Mai 51 Br., per Mai-Juni 51 Br. Raffee ruhig. Geringer Umsatz. Petroleum beh., Standard white loco 7,20 Br., 7,00 Gd., per Februar 7,00 Gd., per März-April 7,50 Gd. — Wetter: Nebel.

Bremen, 3. Februar. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,20, pr. März 7,35, per April 7,50, per August-Dezember 8,25. Alles Brief.

Petersburg, 3. Februar. Productenmarkt. Talg loco 59,00, per August 58,50. Weizen loco 16,50. Roggen loco 10,00. Hafer loco 5,00. Samt loco 35,00. Leinfaat (9 Pud) loco 16,50. — Thaumetter.

Amsterdam, 3. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. März 332. Roggen per März 190, pr. Mai 195.

Amsterdam, 3. Februar. Vancastin 56,7.

Antwerpen, 3. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unbedeut. Roggen ruhig. Hafer vernachlässigt. Gerste unverändert.

Antwerpen, 3. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18,7 Br., 18,7 Gd., per März 17,7 Br., per April 18 Br., per September 19 Br. Weichend.

Paris, 3. Februar. Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., pr. Februar 32,25, pr. März 32,00, pr. Mai-Juni 31,60, pr. Mai-August 30,80. Mehl beh., pr. Februar 67,25, pr. März 67,50, pr. Mai-Juni 67,25, pr. Mai-August 66,50. Rüböl beh., per Febr. 78,25, per März 78,75, pr. Mai-August 80,25, pr. September-Dezember 82,50. Spiritus beh., per Februar 71,25, per März 71,00, per April 70,75, per Mai-August 69,50.

Marktpreise in Breslau am 3. Februar 1880.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	guter	mittlere	geringe Waare
	höch- ste M. Pf.	nie- der- ste M. Pf.	höch- ste M. Pf.
Weizen, weißer	21 70	21 30	20 60
Weizen, gelber	21 —	20 80	20 30
Roggen, pro	17 —	16 70	16 40
Gerste, 100	17 —	16 60	15 90
Hafer, 100	14 40	14 20	14 —
Erbsen, Kilogr.	19 50	18 80	17 70

Pro 100 Kilogramm

	fein	mittel	ordinäre
Raps, Winterfrucht	22	25	21
Raps, Sommerfrucht	21	—	20
Dotter	21	50	19
Schlagleinfaat	25	50	23
Hansfaat	16	50	15

Kleesamen, schwacher Umsatz, rother ruhig, per 50 Rgr. 39—44—48—52 Mark, weißer matt, per 50 Rgr. 44—53—62—74 M. hochfeiner über Notiz bezahlt.

Rapsfuchen, unverändert, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 M.

Leinfuchen, ohne Aenderung, per 50 Kilo 9,70—9,90 M.

Lupinen, in ruhiger Haltung, per 100 Rgr. gelbe 7,50—8,20—8,60 M. blaue 7,40—8,20—8,50 M.

Thymothee, unverändert per 50 Kilogr. 18—22—25 M.

Bohnen, ohne Angebot, per 100 Rgr. 19,50—21,00—22,00 M.

Mais, ohne Aenderung per 100 Rgr. 13,30—13,80—14,60 M.

Widen, schwach zugeführt, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 M.

Kartoffeln: per Saß (2 Neuschefel a 75 Rgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuschefel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 Mark.

Gerst: per 50 Kilogr. 2,50 bis 3,00 M.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 21,00—23,00 M.

Mehl: ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,00—31,00 M. — Roggen fein 26,00 bis 27,00 M. Hausbacken 25,00 bis 26,00 M., Roggen = Futtermehl 10,20—11,00 M., Weizenfeie 9,50 bis 10,00 Mark.

Breslau, 3. Februar. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.) Kleesaat, rothe, flau ordinär 26 — 30, mittel 32 — 38 fein 42—46, hochfein 50—52.

Kleesaat, weiße, ruhig, ordinär 35—45, mittel 48—52, fein 55—65, hochfein 70—76.

Roggen: (per 2000 Pfd.) unverändert Gefündigt —, Zentner, Abgelaufene Kündigungsscheine —, per Februar 168, — Br. per Februar-März 168 Br. per März-April —, per April-Mai 171,00 Br. per Mai-Juni 172,00 Br. per Juni-Juli 173, — Br. per Juli-August —.

Weizen: per Februar 215 Br. per April-Mai 221 Br. per Mai-Juni —.

Hafer: Gef. — Ctr. per Februar 142 Br. per April-Mai 147 Br. Raps: per Februar 223 Br. 225 Gd. per April-Mai —.

Rüböl: ruhig, Gef., —, 3tr. Loco 54,50 Br. per Februar 52,50 Br. per Februar-März 52,50 Br. per März-April —, per April-Mai 52 Br. per Mai-Juni 52,75 Br. per September-Oktober 55, — Br. per Oktober = November 55,50 Br. per November = Dezember 56, — Br.

Petroleum: per 100 Rgr. loco u. per Februar 28,50 Br. 28 Gd. Spiritus: wenig verändert, Gef. 10,000 Liter Loco —, per Februar 59,20 bez. per April-Mai 61,10—60,80 bez. per Mai-Juni 61,70 Br. per Juni-Juli 62,50 Br. per Juli-August 63,30 bez. per August-Septbr. 63,50 Br.

Zink: Seit letzter Notiz Hohenlohe-Markte auf Lieferung 20,25 bez. heute Goddallmarkte 20,50 bez.

Die Börsenkommission.

London 3. Februar. Havannaer Nr. 12, 26. Matt.
London, 3. Februar. An der Rüste angeboten 28 Weizenladungen.
Manchester, 3. Februar. 12r Water Armitage 74, 12r Water
Taylor 9, 20r Water Nicholls 107, 30r Water Bidlow 114, 30r Water
Clayton 114, 40r Mule Manoll 12, 40r Mule Wilkinon 13, 36r
Watcops Qualität Rowland 12, 40r Mule Weston 134, 60r Mule
Weston 15, Printers 14 1/2 8 1/2 pfd. 102. Steigend.
Liverpool, 3. Februar. Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthma-
licher Umsatz 12000 Ballen. Ansehend. Tagesimport 38000 Ballen da-
von 31000 B. amerikanische, 5000 B. Peruan.
Newport, 3. Februar. Baarenbericht. Baumwolle in Newport
13, do. in New-Orleans 12 1/2. Petroleum in Newport 7 1/2. do. in
Philadelphia 7 1/2. do. rohes Petroleum 7, do. Ripe line Certificats 1 D
10 C. Misch 5 D. 60 C. Rother Winterweizen 1 D. 44 C. Mais (old
mixed) 62 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-
144. Schmalz (Marke Wilcor) 8 1/2, do. Fairbanks 8 1/2. Speck (short
clear) 7 1/2 C. Getreidefracht 4.

Produkten-Börse.

Berlin, 3. Februar. Weizen per 1000 Kilo loco 200-240
Mark nach Qualität gefordert, gelber Märktischer — M. ab Bahn
bez. per Februar — bez. per April-Mai 226 1/2 — 227 1/2 bez. per Mai-
Juni 226 1/2 — 227 1/2 bez. per Juni-Juli 227 1/2 bez. Juli-August
216 1/2 — 217 bez. per September-Oktober 213 1/2 — 214 bez. Gefündigt —
3tr. — Regulirungspreis — M. Roggen per 1000 Kilo loco
167-178 M. nach Qualität gef. Kaff. — fr. B. bz. inländischer 172
bis 176 Mark ab Bahn bez. Feiner — Mark ab Bahn bez. Kamm

Berlin, 3. Februar. Die Meldungen der auswärtigen Börsen
hatten die gestrige Festigkeit voll wiedergepiegelt; aber trotzdem über-
wogen hier bei der heutigen Eröffnung des Geschäfts die Verkaufs-
Aufträge. Am meisten verstimmt hatte der Rückgang der glasgower
Eisen-Preise um 2 s. 3 d. Dort sollten die Kauf-Aufträge aus
Amerika fehlen und hier befürchtete man im Anschluss daran einen
stärkeren Rückgang der Bergwerks-Papiere. In der That gab auch
Saurabütte sofort 2 Prozent, Dortmund Union 1 1/2 Prozent nach-
und beide Papiere erlitten mehr als sonst vernachlässigt. Von
lothringer Eisenwerken hörte man nichts mehr. Im übrigen herrschte
bei Geschäftsunlust schwache Haltung, wenn auch gerade keine Ver-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 3. Februar 1880.
Preussische Fonds- und Geld-
Cours.

Consol. Anleihe	4 1/2	105,90	b3
do. neue 1876	4	101,00	b3
Staats-Anleihe	4	99,50	b3
Staats-Schuld.	3 1/2	95,10	b3
Ob.-Deich.-Dbl.	4 1/2	103,40	b3
Berl. Stadt-Dbl.	4	93,60	b3
do. do.	3 1/2	93,60	b3
Schld. d. B. Rm.	4 1/2	103,10	b3
Brandbriefe:	4 1/2	107,50	b3
do.	5	107,50	b3
Landes Central	4	99,50	b3
Rur- u. Neumark.	3 1/2	93,50	b3
do. neue	3 1/2	96,50	b3
do. do.	4	99,70	b3
do. neue	4 1/2	103,30	b3
Brandbg. Cred.	4	99,25	b3
Dresdener	3 1/2	90,00	b3
do.	4	99,00	b3
do.	4 1/2	102,80	b3
do.	4 1/2	99,60	b3
do.	4	99,30	b3
do.	4 1/2	103,25	b3
Polenische, neue	4	99,40	b3
Sächsische	4	99,00	b3
Schlesische	3 1/2	91,50	b3
do. alte A. u. C.	4 1/2	90,00	b3
do. neue A. u. C.	4	99,00	b3
Westph. ritterlich.	3 1/2	99,10	b3
do.	4 1/2	101,20	b3
do.	5	103,40	b3
do. II. Serie	4 1/2	103,40	b3
do. neue	4 1/2	103,40	b3
Rentenbriefe:	4	99,90	b3
Rur- u. Neumark.	4	99,40	b3
Pommersche	4	99,50	b3
Polenische	4	99,50	b3
Preussische	4	100,00	b3
Rhein- u. Westfal.	4	99,50	b3
Sächsische	4	99,50	b3
Schlesische	4	99,50	b3

Souveraines	20,31	g
20-Francstücke	16,17	b3
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperial		
do. 500 Gr.		
Fremde Banknoten		
do. einl. Leipz.		
Frans. Banknot.		
Deut. Banknot.	172,80	g
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.	214,40	b3

Deutsche Fonds.		
P.-A. v. 55 a 100 Th.	144,40	b3
Heft. Pr. a 10 Th.	280,25	b3
Bad. Pr. a 10 Th.	135,20	b3
do. 35 fl. Obligat.	178,00	b3
Bair. Präm.-Anl.	135,75	b3
Braunsch. 20thl.-S.	95,80	b3
Brem. Anl. v. 1874	134,25	b3
Cöln-M. Br. Anl.	127,25	b3
Deft. St. Br. Anl.	120,40	b3
Goth. Br. Anl.	120,40	b3
do. II. Abth.	120,40	b3
Gr. Br. A. v. 1866	185,70	b3
Lübeck. Br. Anl.	183,00	b3
Medlenb. Eisenb. S.	92,00	b3
Meininger Looie	25,60	b3
do. Pr. Anl.	119,25	g
Oldenburg. Looie	136,00	b3
D.-G.-S. Br. 110	106,00	b3
do. do.	106,00	b3
do. do.	102,90	b3
Dtsch. Hypoth. inf.	100,00	b3
do. do.	100,00	b3
Wein. Hyp. Pf.	100,90	b3
Redd. Gdr. v. A.	99,75	b3
do. Hyp. v. Br.	99,30	b3

Romm. G. S. 120 5	104,52	b3
do. II. IV.	110,5	b3
Romm. III. r. 100	99,50	b3
Pr. G. S. Br. 13	105,90	b3
do. do.	102,50	b3
do. do.	101,75	b3
Pr. G. S. Br. 14	112,50	b3
do. inf. r. 110	112,50	b3
do. (1872 u. 74)	112,50	b3
do. (1872 u. 73)	112,50	b3
do. (1874)	112,50	b3
Pr. G. S. Br. 120	103,25	b3
do. do.	104,75	b3
Schlef. Bod.-Cred.	104,10	b3
do. do.	103,25	b3
Stettiner Nat. Hyp.	101,25	b3
do. do.	98,00	b3
Kruppsche Obligat.	110,00	b3

Ausländische Fonds.			
Amerik. r. 1881	6	101,90	b ₃
do. do. 1885	6	101,25	b ₃
do. Hds. (fund.)	4½		
Norweger Anleihe	4½	115,75	G
Newyork. Std. Anl.	4	74,90	b ₃ B
Defterr. Goldrente	4½	62,40	b ₃
do. Pap.-Rente	4½	63,10	b ₃
do. Silber-Rente	4½	116,00	b ₃
do. 250 fl. 1854	4	335,00	b ₃ G
do. Gr. 100 fl. 1858	5	126,90	b ₃
do. Lott.-A. v. 1860	5	312,60	b ₃
do. do. v. 1864	6	88,25	b ₃ G
Ungar. Goldrente	5	86,25	b ₃ B
do. St.-Gib. Anl.	—	217,25	b ₃
do. Looie	6		
do. Schatzsch. I.	6		
do. do. kleine	6		
do. do. II.	6		
Italienische Rente	5	82,50	b ₃ B
do. Tab.-Dblg.	6	102,75	B
Rumänier	8		
Finnische Looie	—	49,00	b ₃
Russ. Centr.-Bod.	5	78,40	b ₃
do. Engl. A. 1822	5	86,00	b ₃ B
do. do. A. v. 1862	5	86,80	b ₃
Russ.-Engl. Anl.	5		
Russ. fund. A. 1870	5	88,90	b ₃
Russ. conf. A. 1871	5	89,90	b ₃
do. do. 1872	5	89,90	b ₃
do. do. 1873	5	91,30	b ₃ B
do. do. 1877	5	79,40	b ₃
do. Boden-Credit	5	153,30	b ₃ G
do. Pr. A. v. 1864	5	153,10	b ₃
do. do. v. 1866	5	85,00	B
do. 5. A. Stiegl.	5	82,20	b ₃
do. 6. do. do.	4		
do. Pol. Sch.-Dbl.	4	66,00	b ₃
do. do. kleine	4		
Poln. Pröskr. III. C.	5		
do. do.	4	57,40	b ₃
do. Liquidat.	4	10,50	b ₃ G
Türk. Anl. v. 1865	6		
do. do. v. 1869	3	31,25	b ₃ G
do. Looie vollgez.			

*) Wechsel-Cours.		
Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,15	b3
do. 100 fl. 2 M.	168,40	b3
London 1 Lir. 8 T.	20,33	b3
do. do. 3 M.	20,28	b3
Paris 100 Fr. 8 T.	80,95	b3
Big. Bfpl. 100 Fr. 3 T.		
do. do. 100 Fr. 2 M.	172,65	b3
Wien öst. Währ. 8 T.	171,70	b3
Wien öst. Währ. 2 M.	214,30	b3
Petersb. 100 R. 3 M.	212,65	b3
do. 100 R. 3 M.	212,65	b3
Warschau 100 R. 8 T.	214,50	b3
*) Zinsfuß der Reichs-Bank für		
Wechsel, für Lombard 5pSt., Bank-		
diskonto in Amsterdam 3, Bremen		
Brüssel 3 1/2, Frankfurt a. M. 4, Sam-		
burg — Leipzig — London 3, Paris		
3, Petersburg 6, Wien 4 pSt.		

— M. ab B. bez. per Februar 167 1/2 — 168 bez. Gd. 168 1/2 Br. per
Februar-März 167 1/2 — 168 bez. Gd. 168 1/2 Br. per April-Mai 170 — 170 1/2
bez. per Mai-Juni 170 — 170 1/2 bz. Br. per Juni-Juli 166 1/2 bis 167
bez. per Juli-August 162 1/2 bez. Gd. 7000 Str. Regulirungs-Preis
168 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 137 bis 200 nach Qualität
gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 138 bis 157 nach Qua-
lität gef. Aufsteiger 142-145 bez. Sommerhafer 146-151 bez. Ost-
und Westpreussischer 143-146 bez. Schlesischer 147-151 bez. Böh-
mischer 147 bis 151 bez. Galizischer — bez. per Februar — M. per
April-Mai 148 bez. Mai-Juni 149 bez. per Juni-Juli 151 Mark.
Gd. — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Erbsen per 1000
Kilo Rohwaare 168 bis 205 M. Futterwaare 157 — 166 M. —
Mais per 1000 Kilo loco 145-150 bez. nach Qualität. Rumän.
— ab Bahn bez. Amerik. — M. ab Bahn bez. — Weizenmehl
per 100 Kilo brutto, 00: 32,50-30,00 M. 0: 30,00-29,00 M.,
01: 29,00-27,00 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,50 bis
24,50 M. 01: 24,25 bis 23,50 M. per Februar 24,00 bezahlt. per
Febr.-März 23,85 bez. per März-April 23,85 bez. pr. April-Mai 23,85
bez. per Mai-Juni 23,85 bezahlt. per Juni-Juli — bez. Gefündigt
— Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Delfaat per 1000
Kilo Winterapps 235-244 M. S. D. — bez. N. D. — bezahlt.
Winterübren 230 bis 240 M. S. D. — bez. N. D. — bezahlt.
Rübsen per 100 Kilo loco ohne Fas 53,5 M. flüssig — M. mit
Fas 53,8 M. per Febr. 53,4 Mark. per Februar-März 53,4 bez.
per März-April — bezahlt. per April-Mai 53,4 bez. per Mai-Juni
53,9 — 54,0 — 53,9 bez. per September-Oktober 56,4 bez. Gefündigt
— 3tr. Regulirungspreis — Mark bez. — Leinöl per 100 Kilo
loco 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 25,3 bez. per Fe-
bruar 24,0 bez. per Febr.-März 23,9 bz. per März-April 23,9 M.
per April-Mai 23,7 M. Septemb.-Oktober 25,2 M. Gefündigt

stimmung. Nur in Franzosen ward der Versuch gemacht, die gestrige
Hauffe fortzusetzen. Doch sank die Notiz rasch wieder von 484 auf
482. Ebenso hielten Kreditaktien von 543 auf 541. Eisenbahn-Aktien
lagen im ganzen ziemlich fest, aber still. Bankpapiere blieben ziemlich
gut beachtet; doch waren die Kurse der leitenden Effecten, namentlich
der Disconto-Kommandit-Antheile gedrückt. Der Industrie-Aktienmarkt
blieb meistens gut behauptet. Fremde Renten erlitten um Kleinig-
keiten und blieben vernachlässigt. Konsole waren vorübergehend matt,
und trugen dazu bei, den gesamten Markt zu verstimmen. Die
übrigen Anlagewerthe erschienen gut behauptet, aber ruhiger als
den letztvergangenen Tagen. Die zweite Stunde brachte keine Er-

Bau- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,50	g
Bl. f. Rhein. u. Westf.	4	48,75	b3
Bl. f. Spr. u. Pr. S.	4	60,00	b3
Berl. Handels-Ges.	4	105,75	b3
do. Kassen-Verein	4	106,25	g
Breslauer Dist.-Bk.	4	98,00	b3
Centralb. f. B.	4	24,00	b3
Centralb. f. S. u. G.	4	93,50	b3
Coburger Credit-B.	4	109,90	b3
Cöln. Wechselbank	4	110,25	g
Danziger Privath.	4	110,25	g
Darmstädter Bank	4	147,10	b3
do. Zettelbank	4	106,50	b3
Deffauer Creditb.	4	98,00	b3
do. Landesbank	4	123,25	b3
Deutsche Bank	4	123,60	b3
do. Genossensch.	4	114,00	b3
do. Hyp.-Bank	4	96,00	g
do. Reichsbank	4	161,25	b3
Disconto-C. m.	4	193,25	b3
Geraer Bank	4	96,50	b3
do. Handelsb.	4	55,00	b3
Gothaer Privatb.	4	100,00	b3
do. Grundcred.	4	94,75	b3
Hypothek (Hübner)	4		
Königsb. Vereinsb.	4	100,70	b3
Leipziger Creditb.	4	148,80	b3
do. Discontob.	4	90,40	b3
Magdeb. Privatb.	4	116,00	b3
Medlb. Bodencred. fr.	4	61,00	b3
do. Hypoth.-B.	4	82,50	b3
Meining. Creditb.	4	102,25	b3
do. Hypothentb.	4	94,00	b3
Niederlausitzer Bank	4	103,25	b3
Norddeutsche Bank	4	161,25	g
Nord. Grundcredit	4	68,75	b3
Defterr. Kredit	4		
Pörsner Spiritaktien	4	49,00	b3
Petersb. Intern. Bk.	4	102,00	b3
Polen. Landwirthsch.	4	65,00	g
Pörsner Prov.-Bank	4	110,75	g
Preuss. Bank-Anth.	4		
do. Bodencredit	4	98,60	b3
do. Zentralbnd.	4	128,25	b3
do. Hyp.-Spielb.	4	111,75	b3
Produkt.-Handelsb.	4	77,25	b3
Sächsische Bank	4	120,25	b3
Schwarzburg. Banko.	4	109,40	b3
Schlef. Bankverein	4	111,75	b3
Südd. Bodencredit	4	129,70	b3

Industrie-Aktien.

Brauerei Pagenhof	4		
Dammab. Rattun.	4	20,00	g
Deutsche Bauges.	4	75,50	b3
Dtsch. Eisenb.-Wau.	4	11,25	b3
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4		
Donnersmarchbütte	4	71,00	b3
Dortmunder Union	4	16,50	b3
Egell. Majch.-Akt.	4	42,50	b3
Erdmannsd. Spinn.	4	36,00	b3
Flora-Charlottenb.	4		
Krist u. Nöhm. Nabh.	4	58,75	b3
Gelsenkirch.-Bergw.	4	137,00	b3
Georg-Marienhütte	4	127,00	b3
Gibernia u. Scham.	4	98,75	b3
Immobilien (Berl.)	4	93,00	b3
Kramsta. Leinen-F.	4	91,10	g
Lauchhammer	4	53,00	b3
Laurabütte	4	135,60	b3
Luzie Tiefb.-Brau	4	75,00	b3
Magdeburg. Bergw.	4	150,00	b3
Marienhüt. Bergw.	4	85,00	b3
Menden u. Schw. B.	4	108,00	b3
Oberichl. Ei.-Bed.	4	76,10	b3
Ostend	4		
Phönix B.-A. Lit. A.	4	98,25	b3
Phönix B.-A. Lit. B.	4	67,75	b3
Rheinb. Nabh. Berg.	4	235,00	g
Rhein. Nabh. Berg.	4	102,00	b3
Rhein. Westf. Ind.	4		
Stobwasser Lampen	4	33,00	b3
Unter den Linden	4	114,40	b3
Wobbert Maschinen	4	54,25	b3

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (C. Köchel) in Posen.

Zentner. Regulirungspreis — bez. — Spiritus per 100 Liter
loco ohne Fas 59,9 bez. per Februar 59,6 nom. per Februar-März
59,6 nom. per März-April — bez. per April-Mai 60,4 — 60,6 — 60,5
per Mai-Juni 60,5 — 60,8 — 60,7 bez. per Juni-Juli 61,4 — 61,6 — 61,5
bez. per Juli-August 62,1 bis 62,3 bis 62,2 bez. per August-Septem-
ber 62,4 — 62,6 — 62,5 bez. Gefündigt — Liter. Regulirungspreis —
(B. B. 3.)

Stettin, 3. Februar. (An der Börse.) Wetter: Klare
Luft. — 5° R. Morgens — Grad R. Barom. 28,6. Wind: N. O. S.
— Weizen etwas fester. per 1000 Kilo loco gelber 210 bis 218
M. weißer 212 — 220 M. per Frühjahr 219 — 226,5 — 220 M. bez.
per Mai-Juni 222 — 221 M. bez. per September-Oktober 212 M.
nom. — Roggen fester. per 1000 Kilo loco inländischer 162 bis
167 M. russischer 162 bis 165 M. per Frühjahr 162,5 — 163,5 M.
bez. 164 M. Gd. per Mai-Juni 163 — 164 M. bez. per September-
Oktober 157 M. nom. — Gerste stille. per 1000 Kilo loco
mittel Brau- 150 — 158 M. feine do. 160 — 170 M. Chevalier 172
bis 180 M. — Hafer unverändert. per 1000 Kilo loco inländ.
135 — 144 M. — Erbsen ohne Sackel — Winterübren matt. per
1000 Kilo loco 220 bis 230 M. per April-Mai 239 M. bez. per
September-Oktober 258 M. Br. — Winterapps per 1000 Kilo loco
225 — 235 M. — Rübsen gekautlos. per 100 Kilo loco ohne Fas
bei Kleingetretten flüssiges 54,5 M. Br. per Februar 52,5 M. Br.
per März 52,75 M. Br. April — Mai 53 M. bez. per Septbr.-Oktbr.
56,5 M. Br. — Spiritus behauptet. per 10,000 Liter pSt. loco ohne
Fas 59,1 M. bez. mit Fas 58,9 M. bez. per Februar 58,8 M. Gd.
per Frühjahr 60,2 M. bez. per Mai-Juni 60,8 M. Br. u. Gd. —
Angemeldet: Nichts — Regulirungspreise: Rübsen 52,5 M. Spiritus
58,8 M. — Petroleum loco 8,5 M. tr. bez. Regulirungspreis
8,5 M. (Off. Stg.)

holding, sondern eine Fortsetzung der Abkühlung und der Geschäfts-
Unlust. Besonders matt blieben Bergwerkspapiere und Kreditaktien.
Gegen 2 Uhr trat eine kleine